

Internet-Blog

kreuz-und-quer.de

Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung

herausgegeben von

*Prof. Dr. Thomas Sternberg, MdL (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB,
Hildigund Neubert, Dr. Hans-Gert Pöttering, Thomas Rachel MdB,
Prof. Dr. Annette Schavan, Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 4. Quartal 2014

4 / 2014

Die Autoren:

Steffen Bilger, Klaus Martin Breggott,
Stephan Eisel, Joachim Gerhardt, Jürgen Hardt,
Franz-Josef Jung, Christoph Kannengießer,
Hans Maier, Klaus Mertes, Heinrich Oberreuter,
Maria Theresia Opladen, Bernhard Vogel

Das Selbstverständnis

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative www.kreuz-und-quer.de zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die von Januar – März 2014 auf dem Internet-Blog kreuz-und-quer.de veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf www.kreuz-und-quer.de

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktion:

**Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier, Gerald Hagemann, Klaus Mertes
stephan.eisel@kreuz-und-quer.de**

Inhaltsverzeichnis

Christoph Kannengießer, Afrika neu denken.....	Seite 04
Franz-Josef Jung, denn am siebten Tage.....	Seite 06
Klaus Mertes, Religion in Ost und West.....	Seite 08
Jürgen Hardt, Die USA und Deutschland.....	Seite 10
Stephan Eisel, Mauer in den Köpfen.....	Seite 12
Bernhard Vogel, Warum die DDR ein Unrechtsstaat war.....	Seite 14
Klaus Martin Breggott, Kunst und Kirche.....	Seite 16
Hans Maier, Die Macht der Kunst und der Staat.....	Seite 18
Steffen Bilger, CDU 2017.....	Seite 21
Maria Theresia Opladen, Frauen geben Kirche Zukunft.....	Seite 23
Heinrich Oberreuter, Ein Jahr Große Koalition.....	Seite 25
Joachim Gerhardt, Gottes Ja zu den Menschen.....	Seite 27

6. Oktober 2014
Christoph Kannengießer

Afrika neu denken

Der afrikanische Kontinent ist im Wandel. Die Anzahl der demokratischen Staaten hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten in Afrika deutlich erhöht. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der ehemaligen Kolonialmächte ist zurückgegangen. Neue Akteure wie Brasilien, China und Indien erhalten zusätzliches Gewicht. Das Bild eines von Krankheiten, Kriegen und Katastrophen gebeutelten Kontinents gerät beim Blick auf Länder wie Botsuana, Ghana, Kenia und selbst Äthiopien ins Wanken. Ein differenzierter Blick auf Afrika ist daher mehr denn je angezeigt.

Der Blick auf Afrika

Afrika ist zugleich ein alter und ein junger Kontinent. Die ersten Menschen hatten ihre Wiege in Afrika. Doch zugleich ist Afrika der Kontinent mit den geringsten historischen Hinterlassenschaften. Nur wenige Gesellschaften haben eine Schrift entwickelt, und auch bauliche Spuren sind nur selten vorhanden. Jahrhunderte lang wurde der Kontinent von Europäern nur an dessen nördlichen Rand wahrgenommen. Lediglich einige Küstenregionen wurden erschlossen – ansonsten wurde der Kontinent umschifft. Was wir heute über Afrika wissen, wurde vielfach erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufgeschrieben. Das Bild prägten Missionare, Abenteurer, Unternehmer – mit ihren jeweils ganz eigenen Interessen und Vorstellungen.

Unser Wissen von und über Afrika hat sich inzwischen deutlich erweitert. In der allgemeinen Öffentlichkeit sind die Kenntnisse über unseren Nachbarkontinent jedoch häufig immer noch geringer als jene über die Länder Asiens oder auch Südamerikas. Wer weiß schon, dass Nigeria mehr Einwohner als Russland hat? Wer hat schon einmal davon gehört, dass in Äthiopien das Christentum eine längere Tradition hat als in den meisten Staaten Europas?

Das Unwissen schafft Raum für Projektionen, die im Fall Afrikas noch etwas bunter oder düsterer als in anderen Weltregionen ausfallen. Nach der Unabhängigkeit war Afrika in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zunächst ein Kontinent der Hoffnung. Es folgte jedoch sehr schnell eine jahrzehntelange Phase, in welcher Afrika der Kontinent der Kriege, Krankheiten und Katastrophen war. Aus dem verlorenen Kontinent ist jedoch innerhalb des letzten Jahrzehnts wiederum ein Kontinent der Chancen, ein Kontinent der Hoffnung und auch ein Kontinent des rasanten Wachstums geworden. Das führt zu seltsamen Parallelentwicklungen. Als Gast-Chefredakteur der Bild-Zeitung brachte der britische Musiker und Aktivist Bob Geldof 2007 ein hungerndes Kind auf das Titelblatt. Einige Zeit später gründete er einen Beteiligungsfonds für Investitionen in Afrika. Auf der einen Seite das Bild der Armut – auf der anderen Seite der Kontinent als Investitionsstandort. Die bereits 2007 erkennbaren wirtschaftlichen Fortschritte Afrikas kamen in der Bild-Ausgabe Geldofs jedoch praktisch gar nicht vor.

Inzwischen bezeichnet allerdings nicht nur der Economist Afrika als Kontinent der Hoffnung. Auch deutsche Publikationen, so jüngst der SPIEGEL, berichten hoffnungsvoll, ja teilweise euphorisch über die Entwicklung unseres Nachbarkontinents. Die Fußball-WM in Südafrika war 2010 gewissermaßen der Wendepunkt im kollektiven Gedächtnis: Das Beratungsunternehmen McKinsey sprach von den Löwen im Aufbruch, die Medien entsandten für einige Monate Sonderkorrespondenten nach Afrika - und plötzlich war der Kontinent in aller Munde. Der Aufbruch in Nordafrika, die Konflikte in Mali und der Zentralafrikanischen Republik; der Terror in Nigeria sorgen jedoch auch für eine Kontinuität im Afrikabild. Es wird weiterhin von den realtiv wenigen Negativbeispielen geprägt.

Afrika vor Ort erleben

Die Vielfalt Afrikas kann eigentlich nur vor Ort entdeckt werden. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur befinden sich in einem rasanten Veränderungsprozess. Megastädte wie Johannesburg, Lagos oder Kinshasa sind jeweils die Kristallisationspunkte dieser Veränderungen. Dort bilden sich Mittelschichten, welche die Politik in Bewegung bringen und durch steigenden Konsum für Wachstum sorgen. In den Städten verlieren traditionelle Werte langsam an Bedeutung und neue Verhaltensmuster entstehen.

Afrika ist der demographisch jüngste Kontinent und die junge Bevölkerung zieht es vor allem in die Städte. Dort fordert sie vermehrt politische Teilhabe und Lösungen für die täglichen Probleme. Ein Faktor ist dabei der Ausbau der Versorgungsleistungen. Die Menschen verlangen von der Politik Investitionen in den Energiesektor, die Wasserversorgung, die Telekommunikation und auch in den Öffentlichen Nahverkehr. Das hat hohe Investitionen in die Infrastruktur zur Folge, die in fast allen afrikanischen Städten sichtbar sind. Die Städte sind damit neben den Bergbauregionen die Wachstumstreiber Afrikas.

Viele Infrastrukturprojekte – sowohl in den Städten als auch in den Bergbauregionen - werden von Chinesen umgesetzt. Die chinesische Wirtschaft und Politik bietet Lösungen – von der Finanzierung bis zur Durchführung - aus einer Hand an. Es profitieren jedoch nicht nur China und andere Schwellenländer. Der größte Baukonzern im bevölkerungsreichsten Land Afrikas, Nigeria, mit über 18 Tausend Beschäftigten gehört noch immer zu einem großen Teil dem deutschen Baukonzern Bilfinger. In ostafrikanischen Supermärkten prägt Nivea das Bild in den Regalen für Haut- und Körperpflege; ein Mercedes ist in den meisten afrikanischen Ländern der Inbegriff der gehobenen Automobilität. Turbinen oder Eisenbahntechnik von Siemens besteht gegen die Konkurrenz aus Fernost. Die Dominanz chinesischer Konzerne im Infrastrukturbereich geht also durchaus einher mit Erfolgen deutscher Unternehmen. Die Zeiten in denen deutsche Unternehmen jedoch ganze Staudämme oder die Eisenbahninfrastruktur ganzer Länder aufbauten, scheinen vorbei zu sein. Umso wichtiger ist es, dass sich die Deutschen dort einbringen, wo sie konkurrenzfähig sind.

Afrikas neue Unabhängigkeit

Afrika ist nicht das neue Asien. Die Löwen lösen nicht die Tiger ab. Der afrikanische Kontinent macht seine ganz eigene Entwicklung. Mehr als fünfzig Jahre nach der Unabhängigkeit hat Afrika neue Optionen bei der Auswahl seiner politischen Partner. In den Ländern fordert wiederum eine neue Mittelklasse und eine Gründergeneration mehr politische Teilhabe. Dieser Prozess läuft in den 54 Ländern Afrikas nicht im Gleichschritt ab und ist, wie auch in anderen Weltregionen, nicht vor Rückschlägen gefeit. Es gibt jedoch auch kein zurück mehr in die Zeiten, als ehemalige Kolonialmächte oder selbstherrliche Despoten de facto die Politik und damit auch die Wirtschaft lenken konnten. Die meisten Länder Afrikas haben noch nicht die politischen und wirtschaftlichen Kapazitäten der westlichen Industrieländer. Immer mehr afrikanische Staaten haben jedoch den Anspruch, ihre Entwicklung selbständig und unabhängig voranzutreiben. Afrika wird so tatsächlich zu einem Kontinent, dem auf Augenhöhe begegnet werden muss.

Afrika als Partner Europas und Deutschlands

Das neue Selbstbewusstsein vieler afrikanischer Staaten erfordert ein neues Engagement in der deutschen und europäischen Politik und Wirtschaft. In wichtigen afrikanischen Ländern geben sich Delegationen aus China, Brasilien und Indien die Klinke in die Hand. Die deutsche Kanzlerin reist bisher jedoch nur einmal pro Legislaturperiode nach Subsahara-Afrika. Auch der Besuch eines deutschen Bundeswirtschaftsministers ist in Afrika die Ausnahme. Auf europäischer Ebene ist man durch die Einrichtung eines EU-Afrika-Gipfels schon einen Schritt weiter. Die Bundeskanzlerin hat in diesem Jahr den Gipfel auch für einen intensiven Austausch mit ihren afrikanischen Kollegen genutzt. Doch auch auf europäischer Ebene genießt Afrika noch nicht die Priorität, die es haben sollte. Während umfassende Freihandelsabkommen mit Korea abgeschlossen und mit den USA intensiv diskutiert werden, kommen die Verhandlungen über die Europäischen Partnerschaftsabkommen mit afrikanischen Staaten nur sehr zaghafte voran –wenn überhaupt.

Die heutige wirtschaftliche Bedeutung Afrikas ist zwar verglichen mit anderen Weltregionen gering. Lediglich rund drei Prozent des globalen BIP werden in Afrika erzeugt. Nur etwas mehr als zwei Prozent der deutschen Exporte gehen nach Afrika. In Afrika leben aber bereits heute rund 15 Prozent der Weltbevölkerung und die Wirtschaft entwickelt sich seit einem Jahrzehnt deutlich schneller als die Weltwirtschaft. Die Chancen in Afrika sind daher deutlich größer als das derzeitige deutsche Engagement. Viele afrikanische Staaten wünschen sich dies, da sie deutsches Know-How und deutsche Technologie schätzen. „Die beste Zeit einen Baum zu pflanzen, war vor 20 Jahren. Die nächstbeste Zeit ist jetzt“, sagt ein afrikanisches Sprichwort. Es ist daher jetzt an der Zeit, einen intensiveren Dialog und eine echte Partnerschaft mit Afrika aufzubauen.

Christoph Kannengießer (1963) ist Hauptgeschäftsführer des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft. 1994-2010 hatte er verantwortliche Positionen beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag, bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Konrad-Adenauer-Stiftung und beim Markenverband inne.

13. Oktober 2014

Franz-Josef Jung

Denn am siebten Tage...

Von der Bedeutung christlicher Werte in Alltag und Politik

Immer wieder werde ich in meiner Funktion als Kirchenbeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefragt, ob christliche Werte überhaupt noch eine Rolle spielen – vor allem in der Politik, aber auch im täglichen Leben. Angesichts von Kirchengliedern und einer zunehmend rationalen Gesellschaft sei das Berufen auf eine am christlichen Menschenbild orientierte Politik doch eigentlich aus der Zeit gefallen. Und überhaupt: Wer ginge denn heute noch regelmäßig in die Kirche? Und: darf man sich in einer von religiöser Vielfalt geprägten Gesellschaft überhaupt noch auf christliche Werte berufen? Zudem gilt doch eigentlich die Trennung von Religion und Staat?

1. Zu den Fakten: Immer noch sind über 60 Prozent der Bevölkerung in Deutschland christlich geprägt. Die zahlenmäßig größte Gruppe bilden die Mitglieder der beiden großen christlichen Kirchen mit insgesamt 58,8 %. Hinzu kommen Christen in den Freikirchen, den altorientalischen Kirchen und anderen christlichen Kirchen. Die jüdischen Gemeinden, die Mitbegründer unserer christlich-jüdischen Tradition, verzeichnen inzwischen über 100.000 Mitglieder. Der Anteil der Muslime wird auf rund 4 bis 4,5 Millionen geschätzt.

Damit findet insgesamt der größte Teil der Bevölkerung in unserem Land Halt im Glauben. Die große Mehrheit in unserem Land bekennt sich zum christlichen Glauben, aus dem damit auch ein Leben basierend auf grundlegenden christlichen Werten abgeleitet werden darf. Damit ist deutlich widerlegt, dass es sich keinesfalls – wie oft und gern behauptet – um eine langsam zu vernachlässigende Minderheit oder gar um eine gänzlich aus der Zeit gefallene Gruppe handeln würde. So über die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger aus unserer Mitte zu sprechen, ist selbstgefällig.

Die Mehrheit der Bevölkerung sieht nach wie vor Sinn im christlichen Glauben, findet Halt und Trost in der Religion und Ermutigung in der Gemeinschaft der Gläubigen. Denn die ganze Rede über christliche Werte in der Politik würde ins Leere laufen, wenn es Glauben und Christen nicht mehr gäbe, wenn es nur noch um kulturelle Überlieferung, aber nicht mehr um eine gelebte Religion geht.

2. Was sind eigentlich die Werte, um die es geht? Ausgangspunkt der Überlegungen ist das christliche Menschenbild. Jeder Mensch ist einzigartig und steht als Einzelner vor seinem Schöpfer. Er besitzt damit eine Würde und Unantastbarkeit, die ihm nicht erst von der Gesellschaft aktiv zuerkannt werden muss, sondern die nur anerkannt werden kann. Für den einzelnen Christen ergeben sich daraus abgeleitet die zentralen Tugenden wie Glaube, Liebe, Hoffnung und Barmherzigkeit. Übertragen in die Politik leiten sich daraus die Grundwerte ab, die zum Kern einer Politik auf Basis des christlichen Menschenbildes gehören: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Dabei handelt es sich um Grundwerte politischer Gestaltung, die sich nicht nur aus dem Menschenbild zwingend ergeben, sondern auch einander bedingen.

Übersetzt auf den Staat, ergeben sich aus diesem christlichen Menschenbild vor allem die Würde und die Freiheit als Eckpfeiler, auf denen das ganze staatliche Gefüge ruhen muss. Diese Eckpfeiler sind keinesfalls eine Selbstverständlichkeit. Die spezielle Bedeutung zeigt sich besonders anhand der historischen Beispiele, in denen der Staat die Würde und Freiheit der Menschen nicht geachtet hat.

Nicht ohne Grund verwiesen die Verfasser unseres Grundgesetzes in der Präambel auf die „Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Die Formulierung findet ihren Ursprung in einer Zeit, in der unser Land nicht nur auf Berge von Schutt und Asche blickte, sondern auch auf Trümmer aus Schuld. Eben dieses Bewusstsein um die eigene große Schuld- und Fehlerhaftigkeit veranlasste diese Generation, Gott als Instanz zu erkennen und zuzulassen.

Auch während der Zeit der Überwindung der DDR-Diktatur und danach, waren es das Christentum und seine Werte, die vielen Menschen Halt und eine Richtung gaben. Damit sind die christlichen Werte eine wesentliche Quelle jener gemeinsamen Überzeugung und Orientierung unserer Gesellschaft, ohne die diese auf Dauer keinen Bestand hätte.

3. Um Missverständnissen vorzubeugen: es gibt keine christliche Politik, aber es gibt Christen in politischer Verantwortung. Was können Christen in politischer Verantwortung also tun, um auf der Grundlage christlicher Überzeugungen Politik zu gestalten, ohne dabei die Grenzen zu überschreiten, die der weltanschaulich-neutrale Staat setzt?

Aus der Bibel lässt sich kein politisches Programm ableiten, aber der Glaube kann eine ethische Grundlage für verantwortungsvolle Politik bilden. Der direkte politische Alltag selbst zwingt einen immer wieder, zur notwendigen Rückbesinnung auf unsere im christlichen Menschenbild wurzelnden Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen. Die Last der bisweilen sehr großen ethischen Verantwortung, die wir zum Beispiel als Gesetzgeber im Deutschen Bundestag haben, steht dabei immer klar vor Augen. Der persönliche Glaube ist damit Richtschnur für einen Politiker, um Antworten auf aktuelle politische Fragen geben zu können.

4. Die Trennung von Kirche und Staat manifestiert sich in zwei konkreten Merkmalen: Erstens, es gibt in Deutschland keine Staatskirche und zweitens gelten staatliche Gesetze. Jedoch sind in der Verfassung enge Kooperationen zwischen Staat und Kirche vorgesehen: der Staat stellt sich für den Einzug der Kirchensteuer gegen ein Entgelt zur Verfügung, es bestehen enge Verbindungen bei der Organisation und Durchführung im Bereich der Pflege, Betreuung und Bildung sowie bei der Seelsorge in Gefängnissen oder bei der Bundeswehr.

In ständiger Rechtsprechung bescheinigt das Bundesverfassungsgericht Staat und Kirche in Deutschland eine positive bzw. fördernde Trennung, d.h. der Staat erkennt die Leistung von Religion und Kirche für das Gemeinwesen an und bietet im Gegenzug bestimmte Förderoptionen. Im europäischen Vergleich hat sich dieses Modell gegenüber den Staatskirchen und dem Laizismus nach französischem Vorbild bewährt.

Und auch wenn sich Menschen gar keiner Religion zuordnen mögen oder den Einfluss unseres jüdisch-christlichen Erbes als eher gering einschätzen: den siebten Tag in der Woche nehmen alle gerne und mit großer Selbstverständlichkeit als Ruhetag in Anspruch.

***Dr. Franz Josef Jung** (1949) ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender sowie Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seine diversen politischen Stationen führten ihn u.a. über das Amt des Fraktionsvorsitzenden der hessischen CDU-Landtagsfraktion, zum Chef der Hessischen Staatskanzlei bis zum Bundesminister der Verteidigung. Der katholische Jurist wurde am 5. März 1949 in Erbach im Rheingau geboren, ist verheiratet und hat drei Kinder sowie drei Enkelkinder.*

Religion in Ost und West

Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Verständnis der christlichen Kirchen

Putins Politik und der Ukraine-Konflikt haben Ost-West-Spannungen in Europa wieder in den Vordergrund gerückt. Das birgt auch die Gefahr in sich, dass sich die christlichen Kirchen voneinander entfernen, Ökumene erschwert und Religion politisch instrumentalisiert wird. Um dem entgegen zu wirken ist es wichtig, sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den christlichen Kirchen in Ost und West zu vergegenwärtigen

1. Re-ligion (Rück-Bindung) ist vor allem Leben aus einer Gottes- oder zumindest Transzendenzbeziehung. Aus dieser gelebten Beziehung heraus entwickeln sich Traditionen, Haltungen und Werte. Ohne diesen Beziehungsaspekt verkommt Religion zu einer im letzten ungläubwürdigen Moralagentur. Zugleich droht die Idolisierung von „Werten“ (Traditionen, Nation, Interessen), die so behandelt werden, als ob sie über den Menschen, über dem Leben stünden. Bedrohungen der Religionsfreiheit der Anderen sind unverkennbare Indikatoren für eine solche Entwicklung, und ebenfalls die Instrumentalisierung von Religion für Gewaltakte und Kriege. Die Kriege des 19. und 20. Jahrhunderts belegen diese Gefahr ebenso wie heutige Kriege und Gewaltakte, die „im Namen Gottes“ ausgeführt werden – nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in Europa. In biblischen Kategorien gesprochen kommt hier die Kategorie der „Verwirrung“ (griechisch: dia-ballein) und die daraus folgende „Verblendung“ zum Tragen, die Irrationalität für rational hält, Gewalt für Notwehr, und Blasphemie für Gottesdienst.

2. Religion gründet in unserer anthropologischen Struktur. Daher entwickeln sich vielfältige Religionsformen zunächst naturwüchsig. Was abstirbt, sind in der Regel historisch kontingente Formen von Religiosität. Darin liegen sowohl Potentiale der Befreiung und Erneuerung als auch des Verlustes und Rückschritts. Auch wenn uns unsere religiöse/transzendente Sehnsucht vor-gegeben ist, so unterliegen die historisch kontingenten Antworten auf diese Sehnsucht erheblichem Wandel. Zugleich haben die Religionen in ihrer Entwicklung eine Vielzahl von Versuchungen abzuwehren. Von daher benötigt die Auseinandersetzung mit Religion, nicht zuletzt um der Religion und eines menschenwürdigen Lebens willen, eine profunde Religionskritik, wie sie – geschichtlich gesehen – mit der biblischen Aufklärung und der antiken Philosophie begann. Dies schließt die politischen Religionen des Faschismus und Kommunismus ebenso mit ein wie säkulare Zivilreligionen einschließlich solcher „atheistischer“ Prägung.

3. Religion spielt sich immer in einem Spannungsfeld ab, genauer: in einem Spannungsfeld von Transzendenz und Immanenz. Im christlichen Kontext findet sich die Spannung konkret im Verhältnis von Kirche und Staat/Politik wieder. Diese Spannung „des In-der-Welt aber nicht von Von-der-Welt“ ist oftmals schwierig auszuhalten. Die Auseinandersetzung um das rechte Verhältnis von Religion und Politik zieht sich durch die Kirchengeschichte. Dabei sind verschiedene Versuchungen mit großer Kontinuität zu beobachten, die in der Regel darauf hinaus laufen, die Spannung zum einen oder anderen Pol hin aufzulösen.

Da wäre zum einen der weltflüchtige Rückzug in die Innerlichkeit. Sie führt faktisch zu einer Unterordnung der Religion unter die bestehenden Verhältnisse. Eine andere Versuchung ist die theokratische Versuchung, die Überordnung der Religion. Die orthodoxe Tradition hat den Gedanken der „Symphonia“ von „Religion“ (gemeint: die orthodoxe Kirche) und Politik entwickelt. Das Verständnis der Zusammengehörigkeit von beiden ist der katholischen Tradition durchaus nahe, wenn auch in der katholischen Kirche das Papsttum hier eine besondere Rolle spielt (der Vatikan als eigener Staat und zugleich

als Antipode zum staatlichen Machtanspruch auf die Kirche). Das Symphonie-Konzept steht in der Versuchung, die Spannung zwischen Religion und Politik durch ordnungspolitische Verabredungen aufzulösen. Am Ende droht die Glaubwürdigkeit des religiösen Zeugnisses Schaden zu nehmen, und der Politik fehlt der kritische Gegenpol. Ähnliche Schwierigkeiten können in Folge der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre auftreten.

Auf der russisch-orthodoxen Seite hat nach meiner Kenntnis kein Theologe die Versuchung der Kirche zu einem problematischen Bündnis mit dem Staat im Namen so deutlich angesprochen wie Alexander Men. Auch auf der westlichen Seite gibt es heute eine neue Sehnsucht nach einer größeren Nähe zwischen Politik und (christlicher) Religion. „Wir sind Christen, ob wir nun glauben oder nicht“, sagte kürzlich Wladimir Jakunin in einem Interview (DIE ZEIT, 22.5.2014, S.5.) Solche Töne kommen in Westeuropa auch aus der „Neuen Rechten“ und sind eine Versuchung für die dortigen Kirchen. Sie verheißen den Kirchen politischen Bedeutungsgewinn um den Preis des Verlustes ihrer religiösen Substanz.

4. Das Denken in Kategorien der Symphonia wird durch die Pluralisierung der Lebens- und Religionswirklichkeiten herausgefordert. Die Frage, vor der wir in Ost wie West stehen, scheint mir zu sein: Wie können wir Lebensverhältnisse schaffen, die der Würde des Menschen angemessen sind? Zu dieser Angemessenheit gehört unverzichtbar die Freiheit, insbesondere die Religionsfreiheit. Dies schließt die Freiheit zur persönlichen Ablehnung von Religion mit ein. Die katholische Kirche, die bis in die 50er Jahre des letzten Jahrhunderts die Religionsfreiheit ablehnte, hat auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) eine Wende vollzogen (um den Preis einer inneren Spaltung, die zuletzt im Pontifikat von Benedikt XVI im Verhältnis zur Pius-Bruderschaft sichtbar wurde). „Nicht die Wahrheit, sondern Personen haben Rechte“, das war die Erkenntnis, die dieser Wende zugrunde lag. Sie war auch eine lehramtliche Konsequenz aus der Erfahrung der beiden großen kriegerischen Katastrophen des letzten Jahrhunderts.

Die alte Frage nach dem Verhältnis von Freiheit und Ordnung besitzt weiterhin große Sprengkraft. Während es verallgemeinernd gesprochen die westliche Versuchung ist, die individuellen Freiheiten ohne die mühselige Auseinandersetzung mit den Erfordernissen des Allgemeinwohls und der Gemeinschaft zu fordern, besteht die östliche Versuchung darin, die Erfordernisse der Ordnung oder der Gemeinschaft zu Ungunsten der individuellen Freiheitsrechte zu bevorzugen. Während die westliche Seite es in der Kritik an Traditionen an Respekt vor Traditionen mangeln lässt, ist die östliche Seite in der Versuchung, die Kritik von Traditionen mit Respektlosigkeit vor Traditionen zu verwechseln. Die erhitzten Wertedebatten zwischen Ost und um West um den Themenkreis Homosexualität spiegeln zurzeit diese Spannung besonders deutlich wieder.

5. Was ist zu tun? Zunächst einmal ist dem drohenden Verlust einer gemeinsamen Sprache zwischen Ost und West zu wehren. Das geht nur über den Weg der Empathie in die Anliegen der anderen Seite und über eine kritische Überprüfung der eigenen Sprache. Wenn Sprache nur noch Quelle von Missverständnissen ist, kehrt gegenseitiges Anbrüllen und/oder Schweigen ein, und hinter dem Schweigen rüstet die Gewalt auf. So schlitterten im letzten Jahrhundert die Nationen Europas – angeblich im Namen Gottes oder angeblicher Höchstwerte – in zwei Weltkriege. So soll es sich im 21. Jahrhundert nicht wiederholen.

***Klaus Mertes SJ** (1954) ist Kollegsdirektor am Kolleg St. Blasien. Er hat Slavistik und Klass. Philologie in Bonn studiert und 1977 in den Jesuitenorden eingetreten. Anschließend studierte er Philosophie und kath. Theologie in München und Frankfurt a. M. und wurde 1986 zum Priester geweiht. Nach dem 2. Staatsexamen für Kath. Religion und Latein war er Lehrer an der St. Ansgar-Schule in Hamburg und am Canisius-Kolleg in Berlin, dessen er Rektor er 2000-2011 war. Klaus Mertes ist Mitglied im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken und im Kuratorium Stiftung 20. Juli 1944*

3. November 2014

Stephan Eisel

Mauer in den Köpfen

Am 9. November 2014 feiern wir den 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer und die Überwindung des „Eisernen Vorhangs“ aus Stacheldraht, Minenfeldern und Schießbefehl mitten durch Deutschland und Europa. Aus diesem Anlass werden wieder viele behaupten, sie seien schon immer für die deutsche Einheit gewesen, und auf die Vergesslichkeit der Menschen hoffen. Manchmal könnte man in der heutigen Berichterstattung den Eindruck bekommen, Egon Bahr und die Seinen hätten die Wiedervereinigung gegen den Widerstand von Helmut Kohl durchgesetzt.

Solchen Geschichtsklitterungen gilt es entgegen zu treten, denn vor 25 Jahren musste sich noch rechtfertigen, wer das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen einforderte und Einheit in Freiheit als Ziel proklamierte. Sofort hieß es, solche Haltungen würden die Stabilität Europas gefährden und die „friedliche Koexistenz“ zwischen westlichen Demokratien und kommunistischen Diktaturen aufs Spiel setzen.

Der Zeitgeist hatte nicht nur auf der Linken in Deutschland das Ziel der Wiedervereinigung längst abgeschrieben. Viele wollen daran nicht mehr erinnert werden; aber ein Blick zurück auf die politische Stimmung vor, während und sogar nach dem Mauerfall lohnt sich. Es sollte auch im Jubiläumsjahr nicht vergessen werden, mit welchen Widerständen Helmut Kohl und seine Freunde in der Deutschlandpolitik vor 25 Jahren konfrontiert waren.

So veröffentlichte der als Präses der Synode der Evangelischen Kirche (EKD) hoch angesehene Jürgen Schmude als SPD-Bundestagsabgeordneter am 13. Juni 1988 im sozialdemokratischen Pressedienst einen Beitrag unter der Überschrift *„Vordringlich ist nicht die Wiedervereinigung“* und Willy Brandt sprach am 11. und 14. September 1988 in weithin beachteten Vorträgen von der Wiedervereinigung als *„Lebenslüge der zweiten demokratischen Republik“*. Diese Aussage findet sich auch in der Erstausgabe seiner Memoiren 1989 und noch in der DDR-Ausgabe vom Frühjahr 1990. Brandt hat im Prozess der sich abzeichnenden Vereinigung seine Haltung verändert. Er hatte mit der Einheit nicht mehr gerechnet, andere wollten sie nicht mehr.

Am 27. November 1988 – fast auf den Tag genau ein Jahr vor Kohls „Zehn-Punkte-Programm“ sagte SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr beim „Münchner Podium in den Kammerspielen '88“:

„Wer dabei die deutsche Frage aufwirft, stört Europa. ... In der Teilung gibt es deutsche Chancen. Es gibt keine Chance die deutschen Staaten zusammenzuführen.“

Selbst das Revolutionsjahr 1989 war bis in die Tage des Mauerfalls von solchen Äußerungen geprägt. In einer deutschlandpolitischen Debatte im niedersächsischen Landtag sagte Oppositionsführer Gerhard Schröder (SPD) noch am 11. Mai 1989 nur sechs Monate vor dem Mauerfall:

„Meine Position ... ist die, dass ich nicht glaube ... dass das Beschwören einer Wiedervereinigung, gedacht als das einfach zusammenführen der beiden deutschen Staaten, eine historische Chance für uns ist.“

Einen Monat später fügt er in einem Interview mit der *BILD-Zeitung* am 12. Juni 1989 hinzu:

„Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.“

Für die GRÜNEN forderte Joschka Fischer als Oppositionsführer im hessischen Landtag am 27. Juli 1989 im Magazin *Bunte*:

„Die Forderung nach der Wiedervereinigung halte ich für eine gefährliche Illusion. Wir sollten das Wiedervereinigungsgebot aus der Präambel des Grundgesetzes streichen.“

Ausgerechnet der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper (SPD), sagte kurz darauf in einem Interview mit der *tageszeitung* am 30. August 1989:

„Wir dürfen die europäische Nachkriegsordnung nicht in Frage stellen und müssen weiterhin von der Zweistaatlichkeit Deutschlands und auch von der Angehörigkeit zu verschiedenen Militärblöcken ausgehen.“

Am 20. September 1989 sagte Joschka Fischer in einer Debatte des hessischen Landtages nur sechs Wochen vor dem Mauerfall:

„Vergessen wir die Wiedervereinigung! Sie glauben daran, ich glaube nicht daran. Warum halten wir nicht die nächsten 20 Jahre die Schnauze darüber?“

Im SPD-Parteiorgan *Vorwärts* schrieb Egon Bahr am 1. Oktober 1989 als Präsidiumsmitglied der SPD:

„Ist die staatliche Einheit in greifbare Nähe gerückt? Alle erkennbaren Faktoren in West und Ost sprechen nach wie vor dagegen. ... Wir haben keinen Grund, uns von der wiederholten Lebenslüge des CDU-Programms irre machen zu lassen, dass die Wiedervereinigung die vordringlichste Aufgabe geblieben ist, während Kohl die NATO zur Staatsräson der Bundesrepublik erklärt. NATO und Einheit kann es zusammen nicht geben.“

Noch in der 1989er November-Ausgabe einer SPD-Mitgliederzeitschrift schrieb der hessische SPD-Vorsitzende Hans Eichel:

„Diejenigen, die derzeit von Wiedervereinigung daherreden, haben aus der Geschichte nichts gelernt und darum auch keine vernünftige realitätsnahe Perspektive.“

Am 3. November 1989 meinte der damalige Landesvorsitzende der bayerischen SPD-Bundestagsabgeordnete Rudolf Schöfberger im Pressedienst seiner Partei:

„Heute kann die stereotype Wiederholung von der Formel der Wiedervereinigung außer ein paar Rückwärtsgewandten niemand mehr befriedigen ... Der politischen Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Grenzen müssen sehr bald dem rückwärtsgewandten und substanzlosen Geschwätz von der „Wiedervereinigung“ gesetzt werden...“

Am Tag vor dem Mauerfall sagte für die GRÜNEN deren Fraktionsvorsitzende Antje Vollmer in der Debatte zum „Bericht der Lage der Nation im geteilten Deutschland“ am 8. November 1989 im Deutschen Bundestag:

„Dabei ist die Rede von der Wiedervereinigung – das ist mir sehr wichtig – historisch überholter denn je.“

Am gleichen Tag sagte Ministerpräsident Oskar Lafontaine in der deutschlandpolitischen Debatte des saarländischen Landtages:

„Es gibt bei uns die Auffassung – wir haben sie auch heute im Bundestag wieder gehört -, dass die NATO zur Staatsräson der Bundesrepublik gehöre. Ich möchte ganz klar sagen, dass ich diese Auffassung respektieren kann, dass ich sie aber genauso wie das Ziel der Wiedervereinigung des Nationalstaates für falsch und anachronistisch halte.“

Die Mauer fiel am 9. November 1989, und in manchen Köpfen änderte sich trotzdem nichts. Für die GRÜNEN veröffentlichte Joschka Fischer eine Woche danach, am 16. November 1989 in der *tageszeitung* „Thesen zu einer neuen, GRÜNEN Deutschlandpolitik“, in denen es heißt:

„Droht die Wiedervereinigung? Steht der eine, kleine deutsche Nationalstaat (also ohne Österreich) wieder auf der Tagesordnung der Geschichte, wie führende Unionspolitiker nicht müde werden zu behaupten? Ich glaube nicht. ... Die Grundsatzentscheidung wird heißen: europäische Einigung und Westintegration oder staatliche Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Beides zusammen wird es nicht geben.“

Oskar Lafontaine, der sich immer mehr als Gegenpol zu Helmut Kohl positionierte und bei der Bundestagswahl 1990 auch sein Herausforderer als Kanzlerkandidat wurde, ging nach dem Mauerfall noch weiter. Er forderte in einem viel beachteten Interview am 25. November 1989 mit der *Süddeutschen Zeitung*, die sozialen Leistungen für Übersiedler einzuschränken.

Nach einer Präsidiumssitzung der SPD distanzierte sich Hans-Jochen Vogel als Parteivorsitzender klar davon. Aber Oskar Lafontaine hatte den Grundtenor gefunden, dem sich in einem Interview mit dem *Kölner Express* am 27. Januar 1990 auch der Oppositionsführer in Niedersachsen, Gerhard Schröder, anschloss:

„Wir müssen verhindern, dass DDR-Bürger über Gebühr Leistungen in Anspruch nehmen, für die Bundesbürger Beiträge geleistet haben, also z. B. aus der Renten- und Arbeitslosenversicherung.“

Bemerkenswert ist auch die Rede, die Oskar Lafontaine jetzt als SPD-Kanzlerkandidat am 23. Februar 1990 ausgerechnet beim ersten Parteitag der SPD in der DDR in Leipzig hielt. Gegen diejenigen, die die nur drei Monate zuvor durch den Mauerfall erkämpfte Reisefreiheit für sich nutzten, wollte Lafontaine neue Dämme errichten und schlug in seiner Leipziger Rede vor:

„Es muss angestrebt werden, dass das Übersiedeln nur noch möglich ist, wenn beim Verlassen einer Wohnung in der DDR eine Wohnung in der Bundesrepublik gefunden wurde, und wenn die Frage der sozialen Sicherung, bzw. der Nachweis eines Arbeitsplatzes geklärt ist.“

Diese Diskussion hatte auch eine Rolle beim SPD-Bundesparteitag am 18./19. Dezember 1989 in Berlin gespielt. Dort distanzierte sich Willy Brandt in einer emotionalen Rede von Lafontaine. Es sei unmöglich *„im Westen die Schotten dicht zu machen“*. Die deutsche Einheit sei nur noch eine Frage der Zeit, und es sei falsch, dass es zu ihr erst nach der Einheit Europas kommen könne, wie von der SPD damals meist vertreten:

„Denn nirgends steht auch geschrieben, dass sie, die Deutschen, auf einem Abstellgleis zu verharren haben, bis irgendwann ein gesamteuropäischer Zug den Bahnhof erreicht hat.“

Willy Brandt wurde wegen seines Geburtstages an diesem Tag gefeiert, aber seine Aussagen nur distanziert aufgenommen. Günter Grass plädierte beim gleichen Parteitag ausdrücklich für die Zweistaatlichkeit – eine Haltung die er in den Monaten danach oft wiederholte, zum Beispiel in der *Zeit* vom 9. Februar 1990:

„Ich fürchte mich nicht nur vor dem aus zwei Staaten zu einem Staat vereinfachten Deutschland, ich lehne den Einheitsstaat ab und wäre erleichtert, wenn er – sei es durch deutsche Einsicht, sei es durch Einspruch der Nachbarn nicht zustande käme.“

Die SPD-Politikerin Anke Fuchs berichtet in ihrem Buch *„Mut zur Macht – Selbsterfahrung in der Politik“*, das 1991 erschienen ist:

„Auf dem Parteitag (Berlin 18.12.1989) wollte ich mittels Video einen eindrucksvollen Redebeitrag von Erich Ollenhauer vorführen, in dem er bei der Verabschiedung des Godesberger Programms die Wiedervereinigung als sozialdemokratisches Ziel herausstellt. ... Heidemarie Wiczorek-Zeul verhinderte als Tagungspräsidentin ein Abspielen dieses Redebeitrages wegen des zu eindeutigen Bekenntnisses zur Wiedervereinigung.“

Am Tag danach gab sich Oskar Lafontaine in deutlichem Gegensatz zu Willy Brandt in seiner Rede alle Mühe zu begründen, warum es nicht auf die staatliche Einheit Deutschlands ankomme und Übersiedler aus

der DDR keine Sozialleistungen erhalten sollten. Lafontaine sprach in seiner Rede von „nationaler Besoffenheit“ und attackierte – wie das Parteitagprotokoll vermerkt - unter „lebhaftem Beifall“ Kohls Berater Teltschik, der

*„kürzlich in der Bild-Zeitung zum Besten gab: vereintes Deutschland – ja, aber in der NATO!
Welch ein historischer Schwachsinn!“*

Die Rede Lafontaines fand übrigens am gleichen Tag, an dem Helmut Kohl am 19. Dezember 1989 mit den Rufen „Wir sind ein Volk“ ein begeisterter Empfang in Dresden bereitet worden war und er in seiner Rede sagte:

„Mein Ziel bleibt - wenn die geschichtliche Stunde es zulässt - die Einheit unserer Nation.“

Kaum etwas macht die völlig unterschiedlichen Auffassungen zur Deutschlandpolitik so deutlich wie die fast zeitgleichen Reden von Kohl und Lafontaine am 19. Dezember.

Während andere ihre Mauer in den Köpfen pflegten, brauchte Helmut Kohl kein neues Koordinatensystem, als die historische Chance der Wiedervereinigung kam. Dabei war für ihn ganz in der Tradition Konrad Adenauers klar, dass die Einheit Deutschlands nur mit dem Ziel der Freiheit für alle Deutschen erstrebenswert war.

Beispielhaft sei hier zitiert, was Helmut Kohl bei der „Ansprache des Bundeskanzlers über die Deutsche Welle zum Jahreswechsel 1984/85“, als noch niemand an den Fall der Mauer dachte, selbst im Redemanuskript handschriftlich ergänzt hatte:

„Ziel deutscher Politik bleibt: in freier Selbstbestimmung die Einheit Deutschlands in einem freien Europa zu vollenden. Natürlich wissen wir alle, dass es noch lange, vielleicht sogar Generationen dauern kann, bis wir das Ziel erreichen können. Aber wir geben nicht auf!“

Dr. Stephan Eisel (1955) ist ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages und war u. a. 1983- 1992 zunächst als Redenschreiber und dann als stv. Leiter des Kanzlerbüros Mitarbeiter von Helmut Kohl. Er ist verantwortlicher Redakteur des Blogs für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung kreuz-und-quer.de

Bernhard Vogel

Warum die DDR ein Unrechtsstaat war

Die DDR war ein Unrechtsstaat. Daran kann es keinen Zweifel geben. Daran darf es keinen Zweifel geben:

Ein Staat, der die Unantastbarkeit der Würde des Menschen leugnet, der auf zynische und unmenschliche Weise die Grund- und Menschenrechte missachtet, der für eine Partei einen totalitären Herrschaftsanspruch erhebt und ihn in seiner Verfassung festschreibt, der über keine unabhängige Justiz, kein Verfassungsgericht und keine Verwaltungsgerichte verfügt, keine freien Wahlen und keine unabhängigen Medien zulässt. Ein Staat, der seine Bürger durch ein Heer von offiziellen und inoffiziellen Stasi-Mitarbeitern rund um die Uhr bewachen lässt, der politische Häftlinge foltert, der seine Bürger hinter Mauer und Stacheldraht als Gefangene hält und sie mit der Schusswaffe daran hindert, das Land zu verlassen, ist ein Unrechtsstaat.

Auch in einem Rechtsstaat kann Unrecht geschehen. Aber das ist kein Gegenargument, denn der Bürger kann sich dagegen wehren. Er kann sich auf die Verfassung berufen, die Medien zu Hilfe rufen, vor Gericht ziehen.

Erst recht ist es kein Argument, wenn behauptet wird, wer die DDR als Unrechtsstaat bezeichne, stelle die Lebensleistung seiner Bürger in Frage. Das Gegenteil ist der Fall. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Menschen in der DDR mussten unter ungleich schwierigeren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen versuchen, mit ihrem Leben zurechtzukommen. Sie mussten versuchen, trotzdem ein anständiges Leben zu führen, Anpassung, Gleichstellung zu vermeiden, trotz des Unrechts, dem sie ausgeliefert waren, rechtschaffen zu bleiben. Dafür gebührt ihnen Dank und hohes Lob.

Wer leugnet, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, hat damit etwas ganz anderes im Sinn. Erst recht, wenn er davon nur notgedrungen und mühsam abrückt, um mögliche Koalitionspartner zu besänftigen, aber in gleichen Atemzug seine Aussage zu einer bloßen Protokollnotiz herabstuft. Er will glauben machen, es hätte in der DDR zwar Unrecht gegeben, die Führung habe Fehler

gemacht, aber die Grundidee sei richtig gewesen: Der Sozialismus bleibe dem westlichen Liberalismus und der Demokratie überlegen. Wer unsere Gesellschaft verändern will, wer einen Systemwechsel propagiert, will an seinen sozialistischen Wurzeln, will an der marxistisch-leninistischen Ideologie festhalten. Herr Ramelow, der darum kämpft Thüringer Ministerpräsident zu werden, hat selbst gesagt, dass er „an bestimmten sozialistischen Visionen trotzig festhält“.

Nicht in der Absicht, einzelne Gesetze zu verändern oder Geld anders auszugeben, liegt die Gefahr. Sie liegt darin, dass die Enkel der SED, die ihre Rechtsnachfolger sein wollen, unter ihnen inoffizielle Mitarbeiter der Stasi, wieder das Sagen haben wollen. Sie wollen mit ihrer antifaschistisch-sozialistischen Weltsicht unsere freiheitlich- liberale parlamentarische Demokratie aus den Angeln heben. Zunächst auf leisen Sohlen und nur in einem Land der Bundesrepublik, aber mit dem festen Ziel vor Augen, früher oder später auch als Partner einer künftigen Bundesregierung. Die Landesvorsitzende der Thüringer Linken hat es mit entwaffnender Offenheit selbst gesagt: „Wenn in Thüringen ein linker Ministerpräsident regiert, dann verändert das nicht nur Thüringen, sondern die ganze Bundesrepublik.“ Wer das zulässt oder gar unterstützt, verrät die friedliche Revolution vor 25 Jahren. Wehret den Anfängen!

***Bernhard Vogel** (1932) hat in Heidelberg und München PolitischenWissenschaft, Geschichte, Soziologie und Volkswirtschaft studiert und war dann bis 1967 Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg. Er war von 1965 – 2004 Bundestags- bzw. Landtagsabgeordneter, Kultusminister in Rheinland-Pfalz (1967 – 1976) sowie Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz (1976- 1988) und Thüringen (1992 – 2003).. Außerdem war u. a. Vorsitzender des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (1972 – 1976) und der Konrad-Adenauer-Stiftung (1989 – 1995 und 2001 – 2009). Er gehört zu den Herausgebern von [kreuz-und-quer.de](http://www.kreuz-und-quer.de)*

17. November 2014

Klaus-Martin Breggott

„Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen“ Kunst und Kirche – eine vielfarbige Hassliebe

Die Geschichte des Verhältnisses zwischen Kunst und Kirche respektive der christlichen Glaubensgeschichte ist eine von vielen Brücken und ebenso vielen Gräben. Vermeintliche Deutungshoheiten und die fatale Vorstellung, Kirche gebe ein Leitbild für Kunst und sei damit auch ihre Visionsspenderin, haben die Künste verprellt. Die Kirche wiederum fühlte sich entweder provoziert oder beargwöhnt, weil ihr vorgeworfen wurde, die freiheitliche Idee Jesu sei durch sie in das verwaltete Gegenteil mutiert, das wie der Kommunismus in der Realität an der fehlenden Authentizität seiner sie vertretenden Protagonisten scheitere. Sie überlebe überhaupt nur durch das in der Gegenwart nie einzulösende Versprechen einer Erlösung in ungewisser Zukunft. Die Gräben halten sich tapfer, solange hier noch immer regelmäßig ideologisch argumentiert und Kirche als Bedeutungsträger statt als assoziativer Raum verstanden wird. Darum wollen die Künste mit der institutionalisierten Kirche eher wenig zu tun haben. Die Reibung an den Texten der Bibel aber ist und bleibt eine willkommene – die gibt sowohl das Alte Testament als auch die schillernde Fremdheit des Jesus von Nazareth allemal her und spiegelt sich in der Literatur ebenso wie in der Musik, in der Bildenden Kunst ebenso wie im Theater oder im Film.

Wo finden sich heute Brücken? Und wo lassen sie sich bauen?

Brücke Nr. 1

Die Einsicht, weniger pauschal als vielmehr individuell aufeinander zu reagieren, mithin also das Gespräch und damit auch die Konkretion zu suchen, ist wie überall der Anfang. Das schließt freilich nicht aus, sich alles Trennende genauso bewusst zu machen wie alles Verbindende. Eine lange schon gewonnene, aber immer wieder neu ins Bewusstsein zu bringende Erkenntnis ist: Kunst ist kein Spiel. Sie selbst muss aber spielen dürfen und frei kreativ sein können, um Gestaltungsräume zu öffnen oder frei zu halten, die in der Erfahrung für andere wiederum zu Orientierungshilfen und zu Orten der Auseinandersetzung werden, wo emotionale Empathie und Sensibilität, wo Toleranz und Selbsttätigkeit erfahren und erprobt werden.

Brücke Nr. 2

Kunst ist durch die Auseinandersetzung mit dem Unbewussten, durch die gleichnishafte Konfrontation mit Selbstverständlichkeiten und die Implementierung des Fremden in die vertraute Welt oft Ursprung von Meinungsbildung und Urteilskraft sowie Ausgangspunkt für Erkenntnis und Wahrnehmung, indem sie die Vorgänge hinter den Vorgängen beleuchtet. Wo Kirche die Bibel als Glaubenszeugnis liest, nutzt die Kunst die Bibel als ein Rohmaterial, indem sie ihre Allgemeingültigkeit mit neuen Bildmetaphern und aktuellen Wirklichkeitsdeutungen auf den Prüfstand und in ein verändertes Licht stellt.

Brücke Nr. 3

Kunst und Kirche werden jeweils kollektiv eingeordnet, sind im Kontakt schlussendlich aber immer individuell. Nehmen beide Seiten das für sich immer so wahr, so sprechen sie auch immer für sich als Kinder einer – unserer – Zeit. Damit entlasten und entlassen sie sich gegenseitig aus dem Zwang abstrakt vergewisserter historischer Zustände, die ihnen den Zugang zueinander erschweren oder in Frage stellen.

Brücke Nr. 4

Wir alle sind nach christlichem Verständnis ganzheitlich erlebende und tätige Wesen. Die Kunst und der Umgang mit ihr fördern unsere eigene Sprachfähigkeit und Eigenständigkeit. Sie verankern die Sinne auf

existentielle Art und Weise in unserem Urteilsvermögen. Damit fördern sie ein auf Ganzheitlichkeit angelegtes Menschenbild und sind ein Korrektiv rationaler Besessenheit nach Effizienz und Wachstum.

Brücke Nr. 5

Kunst ist oft Imperativ des Augenblicks und damit immer auch ein Gegenpol kirchlicher Jenseitsdeutungen und Prophetien. Sie wahrt, insbesondere im Film, im Theater, in der Literatur oder im Tanz auf vielschichtige Weise einen direkten Bezug zur Gegenwart und spiegelt darin menschliches Handeln, das Ausgangspunkt kirchlichen Handelns gegenüber Gott ist.

Brücke Nr. 6

Wie die Demokratie ist auch die Kunst ein Prozess, kein Zustand. Nimmt man Kirche als Gesamtgebilde ihrer Gemeinden in deren Lebendigkeit ernst, unterliegt auch sie dieser Definition und damit dem Gebot, flexibel zu agieren sowie auf den Alltag zu reagieren.

In der Form, wie Kirche per se Kultur ist und als wesentliche und anerkannte Kulturträgerin sowohl durch ihre Kunstschatze als auch durch ihre Kunstvermittlung insbesondere im musikalischen Bereich einen essentiellen Beitrag zur kulturellen Bildung leistet, steht sie im Umgang mit der Kunst vor zwei wichtigen Aufgaben: Der Bewahrung und Vermittlung vorhandener Kunstschatze auf der einen und der für ihre Identität unerlässlichen Förderung neuer Kunst auf der anderen Seite.

Wie wichtig für den Erhalt unserer eigenen Identität die Kunst ist, ist oft Inhalt von Reden und Aufsätzen. Schon Goethe hat im „*Faust I*“ auf den nötigen und reflektierenden Umgang damit verwiesen: „*Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen*“. Wie selten diese Überlegungen aber praktische Handlungsorientierung geben, offenbart sich vielfach in den Kirchengemeinden – etwa im Umgang mit den altherwürdigen Kirchengebäuden, die kostspielig renoviert, aber nicht mehr verstanden werden, weil wir verlernt haben, sie zu lesen und wir ihre ikonographische Bildkraft nicht mehr buchstabieren können. Weil uns ein herausgeputztes Kleid reicht und uns dessen Hintersinn und Bildlichkeit, die oft einziger und unmittelbarer Ausdruck unserer Vorfahren war, als Ornament genügt. Auf die Bürde leerer, teurer Hinterlassenschaften reagiert Faust im begonnenen Monolog fortfahrend: „*Was man nicht nützt, ist eine schwere Last*“. Erfahrungen zu ermöglichen, die der Bewahrung unseres ererbten Gutes dienen, die das Sehen wieder neu lehren und dadurch wieder zu aktivem und selbsttätigem Umgang damit befähigen, ist eine wesentliche Aufgabe der Kirche im Umgang mit (ihrer) Kunst.

Fontanes sagenhafte Melusine aus dem berühmten „*Stechlin*“ steht als Patin für die zweite wichtige Aufgabe der Kirche im Umgang mit der Kunst: „*Alles Alte, soweit es Anspruch darauf hat, sollen wir lieben, aber für das Neue sollen wir recht eigentlich leben*“. Dies scheint umso nötiger, wenn sich die Zugkraft der Alten auf uns Heutige im Ästhetischen zu erschöpfen scheint und die Sehnsucht nach neuer Deutung mit der nach neuer Wirklichkeit Hand in Hand geht. Hier ist Kirche in dreifacher Hinsicht aufgefordert, aktiv zu sein – als Einsichtige, dass Kunst heute weniger eine Frage der Stilrichtung als vielmehr eine der Haltung ist und dafür streitbare, individuelle Ansätze unabdingbar sind. Als Auftraggeberin, die die aktuelle Auseinandersetzung mit der Bibel fördert und in der Öffentlichkeit diskutiert, und als Vermittlerin, die die Angst vor der eigenen Urteilsfähigkeit nimmt, indem sie selbst Verstehen lernt und das Verstehen aktiv fördert.

Klaus-Martin Bresgott (1967) Studium der Germanistik und Kunstgeschichte, parallel Chorleitung. Freiberufliche Tätigkeit als Dirigent, Dramaturg und Kulturmanager. Seit 2009 im Kulturbüro des Rates der EKD. Fächerübergreifendes Projektmanagement, Netzwerkarbeit zwischen Kultur, Gesellschaft und Kirche, Kooperationen mit Museen und Theatern, international erfolgreiche CD-Produktionen, zuletzt „Perlmutterfalter – Contemporary Choral Music“ (Carus 2014).

24. November 2014

Hans Maier

Die Macht der Kunst und der Staat

I.

Große Kunst ist mächtig – entsteht sie doch spontan und gibt sich selbst ihr Gesetz. Im Zweifel ist sie autonom und singt ihr eigenes Lied, nicht das der anderen. Manchmal kann sie so mächtig werden, dass niemand an ihr vorbeikommt, niemand über sie hinweggehen kann.

Jacob Burckhardt und Christian Meier haben das am Beispiel Athens gezeigt. Im Unterschied zu Rom dominierte in Athen die Kultur über die Politik und die Religion. Was wissen wir heute noch von Themistokles, von Perikles, vom Orakel von Delphi, von Hahn des Asklepios? Aber die großen Tragiker kennen und lesen wir bis heute, Aischylos, Sophokles, Euripides, die Philosophen Platon und Aristoteles, den Spötter Aristophanes, die Lyriker Pindar und Theokrit – nicht zu reden von den Bildwerken der Griechen, dem olympischen Apollo, der Nike von Samothrake, der Aphrodite von Melos – frühen steinernen Zeugnissen der Größe und Freiheit des Menschen.

Ähnliches geschah Jahrhunderte später in der Renaissance. Von Michelangelo hat der Maler Klaus Fußmann folgendes gesagt: „Mit Michelangelo wurde die Kunst mächtig. Die Kunst des Kunstwerks wurde so unübersehbar, dass diese in ihre Eigenständigkeit eintrat. Der alte Michelangelo wurde so ehrfürchtig verehrt wie bis dahin nur Dichter und Heilige, man traute seiner Kunst verändernde Wirkung zu. Der Handwerker Michelangelo, der Bildhauer-Maler-Architekt übersprang den mittelalterlichen Titel des ‚Meisters‘ und erhielt die Aura des Genies. Das war eine ganz auf sein Werk, nicht auf seine Person bezogene Verehrung. Mit ihm betritt, nach der Antike, zum ersten Mal wieder das künstlerische Genie die Szene: der berühmte Künstler. Damit verbunden war eine enorme Erwartungshaltung an die Kunst“ (FAZ vom 14.04. 1995).

Geniale Künstler hat es auch nach Michelangelo viele gegeben. Aber gibt es in der jüngeren Geschichte auch neue Städte wie Athen, Rom, Florenz – Tauschplätze des Geistes, wo sich verwandte Begabungen treffen und vereinigen können, eine gemeinsame Sprache finden, in der sie ihren Dialog führen, sich wechselseitig anregen? Gewiss, man kann an Paris denken, an Petersburg vor 1914, an Barcelona zur Zeit von Gaudi, an Berlin in den Roaring Twenties.

Aber nie mehr gab es Städte und Länder, die sich geradezu durch Kunst, durch Künstler definierten. Am ehesten waren die USA im 20. Jahrhundert auf einem solchen Weg, wo Mentalitäten und kulturelle Strömungen im Land durch Künste charakterisiert und geprägt wurden. Dafür stehen so verschiedene Erscheinungen wie Folk Song, Musical, Country Music, Fotorealismus, Pop-art, Hollywood, Disneyland, Persönlichkeiten wie George Gershwin, Edward Kienholz, Andy Warhol. Es ist der Weg nicht zu den Mächtigen des Staates, wohl aber zu den Mächten der Gesellschaft: zur Warenwelt, zum Massengeschmack, zur Kultur des melting-pot – zu demokratischen Mehrheiten also, zu dem, was medial in alle Haushalte zu transportieren ist. Ich rede von diesem Versuch weiß Gott nicht geringschätzig, eher bewundernd – ein Mann wie Thornton Wilder hat dieser „Kultur für alle“ in seinem Bühnenstück „Our little town“ ein bewegendes Denkmal gesetzt. Ein wenig von der Utopie eines universellen demokratischen Athen oder Florenz steckt schon dahinter – die amerikanische Hoffnung, dass „aus vielem eines“ werde. Aber die Probleme sind nicht zu übersehen: Was allen zugänglich sein will, das muss auch gemeinverständlich sein – und das

schränkt notwendig den Spielraum des gänzlich Neuen, Ungewohnten ein. Ferner: Kunst als bloßes Angebot verstanden, ohne normative Stützung durch Traditionen, altert rasch und verfällt leicht, entwickelt meist auch keine dauerhafte Form. Die Annäherung der Kultur an die Warenwelt hat ihre spezifischen Risiken. Immerhin erscheinen sie mir geringer als die Risiken, die in einer universellen politischen Dienstbarkeit der Künste liegen.

II

Heute ist die Macht der Kunst begrenzt. Dem Künstler, der Künstlerin fällt ihre Autonomie nicht einfach zu. Auf dem Weg zur Unabhängigkeit müssen sie durch viele Abhängigkeiten gehen. Oft erreichen sie nicht einmal ihr Ziel. Oft wird ihnen schmerzlich bewusst, wie angewiesen sie auf Hilfe sind, wie abhängig von Aufträgen, vom Wiederhall ihrer Werke, von der Mund-zu-Mund-Propaganda, der Werbung, von ökonomischen, publizistischen, menschlichen Beziehungen.

Oft erweisen sich schon die einfachen sachlichen Voraussetzungen als eine schwer zu überwindende Hürde. Bildende Künstler brauchen ein Atelier, brauchen Galerien, die sie ausstellen, Menschen, die ihre Werke kaufen. Komponisten brauchen wenigstens Notenpapier, einen Flügel – aber dann auch Ausführende, Solisten, Ensembles, Orchester, Sänger, Chöre; denn vor den musikalischen Ruhm haben die Götter die Aufführung gesetzt. Schriftsteller brauchen Lektoren, Verleger, Leser, Rezensenten; nur im Samisdat zu erscheinen wie bei oppositionellen Autoren in der kommunistischen Welt oder Romane in Schubladen aufbewahren zu müssen wie im nationalsozialistischen Deutschland (wo auch Avantgarde-Maler, die im Land geblieben waren, ihre Bilder verstecken mussten), ist eine beschämende, peinliche Verkürzung, oft eine völlige Negation ihrer Wirksamkeit.

Olivier Messiaen, als er in deutscher Kriegsgefangenschaft im Lager in Görlitz sein „Quatuor pour la fin du temps“ schrieb, brauchte wenigstens einen verständigen deutschen Offizier, der ihm Notenpapier verschaffte, unter den Gefangenen geeignete Musiker aussuchen ließ, Proben ermöglichte und schließlich die Aufführung genehmigte. Reinhold Schneider, der im Krieg unter Publikationsverbot stand, hatte das Glück, im benachbarten Colmar einen Verleger zu finden, Joseph Rossé, der unzweifelhaft in Opposition zu nazistischen Deutschland stand, aber als einstiger elsässischer Autonomist bei der Besatzungsmacht kaum angreifbar war: er druckte den in Deutschland verbotenen Schriftsteller mit Papier aus Widerstandskreisen in Berlin und machte den kontrollierenden Gestapoleuten weis, es handle sich um die zwingend nötige Erfüllung von Vorkriegsverträgen; mit Elsässer Riesling gelang es ihm, sie immer wieder abzuwimmeln. (Deshalb tragen alle Alsatia-Bücher aus der Kriegszeit kein Erscheinungsdatum!)

So hat die Macht der Kunst längst bescheidene Dimensionen angenommen. Was erscheint im Internet, wenn man heute das Wort Künstler anklickt? Nicht Michelangelo oder Goethe oder Beethoven, sondern die Künstlersozialversicherung. Mit ihr sind seit 1983 die selbständigen Künstler und die Publizisten – als die hier auch die Schriftsteller gelten – in den Schutz der gesetzlichen Sozialversicherung einbezogen worden. Es gilt die Besonderheit, dass sie nur etwa die Hälfte ihrer Beiträge selbst tragen müssen und damit Arbeitnehmern gleichgestellt sind. So tritt der Staat der Kunst als ein treuer, manchmal etwas bürokratischer Dienstbote gegenüber, der nicht herrschen, sondern helfen will – nachdem er in Dritten Reich ein letztes Mal gegenüber den Künsten seine gebietende Übermacht ausgespielt hatte (was übrigens nicht wenige Künstler beeindruckte, verführte und sie zu Kurtisanen der Gewalt werden ließ).

Gegen solche Verführungen ist man im heutigen Deutschland gefeit. Der Staat hat sich gegenüber der Kunst auf eine dienende Rolle zurückgezogen.. Seine beiden Stichworte heißen *Kunstfreiheit*

und *Kunstförderung*. Art. 5 Abs.3 GG, in dem das Verhältnis von Kunst und Staat geregelt ist, garantiert die Freiheit der Kunst, und zwar nach zwei Richtungen hin. Sie garantiert das subjektive Recht des einzelnen auf künstlerische Betätigung: den Künstlern dürfen hinsichtlich des Gegenstands und der Formen ihres Schaffens keine Vorschriften gemacht werden; sie müssen in der Lage sein, ihr Kunst ungehindert dem Publikum zugänglich zu machen. Darüber hinaus garantiert Art. 5 Abs.3 den von jeder fremden Einwirkung freien eigengesetzlichen Lebensbereich der Kunst. Das bedeutet Schutz vor Übergriffen des Staates, Schutz auch vor Übergriffen anderer sozialer Mächte. Der Staat hat sich nicht nur eigener Eingriffe zu enthalten; er hat darüber hinaus Eingriffe Dritter abzuwehren und Maßnahmen zu ergreifen, um die Kunst zu sichern.

Das alles ist die Konsequenz aus einem Verzicht. Unser heutiges Gemeinwesen ist in seinen geistigen Grundlagen pluralisiert. Als solches ist es nicht mehr in der Lage, eigene verbindliche Maßstäbe für Kunst und künstlerisches Tun zu setzen, Der Staat „weiß“ nicht einmal mehr, was Kunst ist. Er darf es nicht wissen. Er bekennt sich in Sachen Kunst zu seiner Inkompetenz. Er muss sich darauf beschränken, durch Bereitstellung der äußeren Voraussetzungen den Raum zu schaffen, in dem sich individuelle künstlerische Tätigkeit entfalten kann. Der Staat kann künstlerische Leistungen anregen und fördern, muss sich aber jeder Bestimmung des Inhalts und der Form der Kunst enthalten. Er gibt Kunst frei, ohne ein Verhältnis zum Freigegebenen einzugehen. Entsprechend seiner pluralistischen Grundlage muss er darauf bedacht sein, dass durch seine Förderung eine möglichst große Vielfalt von Gestaltungsformen Raum findet.

Doch uns interessiert hier natürlich besonders, was im einzelnen zur Förderung der Künstler, zur Sicherung ihrer Existenz geschieht. Auch hier existiert ein breites Spektrum staatlicher Aktivitäten: Förderung durch Kunst- und Literaturpreise (es gibt erfreulich viele in Deutschland!), Ankauf von Kunstwerken, Erteilung von Aufträgen (das Musterbeispiel ist „Kunst am Bau“, seit 2002 mit einem Preis verbunden!). Auch für Brücken, Talsperren, Platz- und Gartenanlagen können Beiträge für die künstlerische Gestaltung vorgesehen werden. Auf diese Weise wird für Künstler ein nicht unbeträchtliches Volumen öffentlicher Aufträge geschaffen. Die Länder geben Zuschüsse an Gemeinden und kirchliche Institutionen zur Erteilung von Aufträgen an bildende Künstler. Staatstheater erteilen Aufträge an Autoren und Komponisten. Den Künstlern indirekt zugute kommt der Ankauf von Kunstwerken für öffentliche Museen, von Büchern lebender Autoren für öffentliche Bibliotheken.

Die einzelnen Künstler werden auch gefördert durch Steuererleichterungen, direkte Zuschüsse, Beiträge zur Altersversorgung durch Maßnahmen zur Unterstützung notleidender Künstler. Der Staat trägt zur Sicherung der materiellen Existenz der Künstler wesentlich dadurch bei, dass er das geistige Eigentum durch das Urheberrecht gewährleistet. Ausfluss dieses Urheberrechts ist u.a. die Bibliothekstantieme, eine Abgabe zugunsten der Autoren.

Dass die materielle Lage der Künstler trotz dieser beträchtlichen Förderungs- und Stützungsmaßnahmen noch unbefriedigend ist, sei nicht verschwiegen. Spürbare Erhöhungen der Mittel durch den Staat sind kaum zu erwarten. Und das private Mäzenat, das hier einspringen könnte, ist in Deutschland leider sehr viel schwächer als in Ländern wie England und den USA; dafür sorgt schon unser – trotz neuerer zaghafter Reformversuche – immer noch arg enges, im ganzen wenig kunstfreundliches Stiftungs- und Steuerrecht.

Hans Maier (1931) wurde 1962 Professor für Politische Wissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München und war 1970 bis 1986 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus sowie von 1976 bis 1988 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. 1988 bis 1999 war er ordentlicher Professor für christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie an der Universität München (Guardini Lehrstuhl).

1. Dezember 2014

Steffen Bilger

CDU 2017 – Zukunft: nachhaltig, generationengerecht & zukunftsorientiert!?

Das Miteinander der Generationen in unserem Land – egal ob Alt, Jung, Familien oder Kinderlose – muss langfristig gesichert werden, um trotz des demografischen Wandels Deutschland nicht nur die nächsten Jahre, sondern die nächsten Jahrzehnte erfolgreich und in Wohlstand gestalten zu können.

Damit die CDU die Geschicke Deutschland vorantreiben kann, muss sie Gestalter, Macher und Visionär sein, agieren statt reagieren, vordenken und mitdenken, in Innovationen Chancen entdecken und Risiken minimieren. Die gesellschaftliche Debatte um die Zukunft Deutschlands darf nicht von Vorbehalten und Ängsten geprägt sein, sondern muss engagiert, positiv und offensiv gestaltet werden.

Es gilt den Zusammenhalt der Gesellschaft, die Teilhabe- und Mitgestaltungschancen des Einzelnen am Erfolg unseres Landes durch schonenden Umgang mit den ökologischen wie ökonomischen Ressourcen sowie durch Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation zu stärken. Das Augenmerk der jungen Abgeordneten der Bundestagsfraktion liegt dabei auf den Themen Haushaltskonsolidierung, Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und Innovationsfähigkeit Deutschlands. Wie Deutschland künftig wirtschaftlich wächst, welche Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum durch die Politik geschaffen werden, wird die entscheidende Voraussetzung sein, um in einer alternden Gesellschaft nicht nur den erreichten Wohlstand zu verteilen, sondern ihn auch täglich neu zu erwirtschaften.

Aus Sicht der jungen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist dazu folgendes notwendig:

5. Die Haushaltskonsolidierung vom Verschuldungsstopp zur Schuldentilgung vorantreiben

Oberste Priorität mit Blick auf eine generationengerechte Politik hat finanzielle Solidität. Dazu gehört auch die Entscheidung, die Steuern bis 2017 nicht zu erhöhen. Mit Blick auf die heute jungen und künftigen Generationen sind zudem der bereits beschlossene Bundeshaushalt 2014 mit seiner strukturellen Neuverschuldung und der aktuelle Bundeshaushalt 2015 mit der „schwarzen Null“ erfreulich.

Die Eckwerte dieses Bundeshaushalts und des Finanzplans bis 2018 sehen durchgehend eine jährliche Null-Nettokreditaufnahme vor. Deutschland ist also auf einem guten Weg. Das ist für uns als junge Unionsabgeordnete aber nur eine Zwischenstufe. Was Deutschland als nächsten Schritt braucht, ist eine Altschuldentilgung. Zwar schrumpfen durch einen konsequenten Verzicht auf neue Schulden die Altschulden bezogen auf die Wirtschaftskraft, aber eine aktive Tilgung, würde das erhebliche Haushaltsrisiko durch die künftige Zinsentwicklung deutlich mindern.

2) Die sozialen Sicherungssysteme den Herausforderungen anpassen und zukunftsfähig ausgestalten

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Deutschland besteht weiterhin ein grundsätzlicher Handlungsbedarf zur Sicherung unserer Sozialsysteme. Dabei wird entscheidend sein, wie die Anzahl und Produktivität der Arbeitsplätze künftig gestaltet wird und die Leistungsfähigkeit des Einzelnen, auch über das eigentliche Renteneintrittsalter hinaus, eingebracht werden kann. Die eingerichtete Arbeitsgruppe „Flexible Übergänge in den Ruhestand“ im Bundestag will entsprechende Vorschläge bis Ende des Jahres vorlegen, um zu einer echten Flexibilisierung des Renteneinstiegs beizutragen.

Die Lasten des demographischen Wandels zwischen den Generationen und im Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft gerecht zu verteilen, ist dabei das Ziel. Diesen Kurs gilt es zu halten, um die gesellschaftliche Solidarität zwischen Jung und Alt, zwischen Gesunden und Betreuungsbedürftigen nicht zu gefährden. Entsprechende Justierungen bei der Finanzierung und Ausgestaltung unseres Alterssicherungssystems, wie auch im Bereich des Gesundheits- und Pflegeversicherungssystems sind hierfür nötig.

3) Die Digitalisierung aller Lebensbereiche als Herausforderung und Chance begreifen, Existenzgründer besser unterstützen

Die Digitalisierung verändert Lebensbereiche: unseren Alltag, unser Arbeitsleben sowie Geschäftsmodelle und Arbeitsprozesse. Die enormen Potenziale und Chancen der Digitalisierung gilt es optimal zu nutzen, die Risiken zu minimieren.

Bildung, Infrastrukturausbau sowie die gezielte und verstärkte Förderung und Unterstützung von Existenzgründern müssen hierbei im Fokus stehen. Deutschland ist das Land der Ideen. Damit aus diesen Ideen aber Produkte und Dienstleistungen und somit Arbeitsplätze werden, braucht es Menschen, die den Sprung vom Angestelltenverhältnis in die Selbstständigkeit wagen. In Deutschland sind die Zahlen leider seit Jahren rückläufig. Das nachlassende Gründungsinteresse kann mit sinkender Arbeitslosigkeit, zunehmendem Fachkräftemangel und der demografische Entwicklung begründet werden; aber Existenzgründern wird es von staatlicher Seite auch nicht leicht gemacht. Daher gilt es, die Gründer in der Gründungsphase durch Entlastung von Bürokratie und Abgaben, durch leichtere Einstellungsmöglichkeiten ausländischer Fachkräfte und auch schnellere, relativ unbürokratische Finanzierungsmöglichkeiten besser zu unterstützen. Letzteres ist in der Gründungs- und vor allem in der Wachstumsphase junger Unternehmen entscheidend. Deutschland muss dafür als Investitionsstandort für in- wie ausländisches Wagniskapital attraktiver werden. Ein Venture-Capital-Gesetz – abhängig von den Finanzierungsmöglichkeiten – wäre dazu ein erster Schritt.

Ausgehend vom christlichen Menschenbild, von Freiheit und Selbstbestimmung sowie mit Vertrauen in die Menschen in unserem Land wird in Deutschland Wachstum durch Konsolidierung gelingen. Denn nur wenn den Menschen Freiräume lassen werden, können sich wirtschaftliche Dynamik, Kreativität und Innovation entfalten.

Steffen Bilger MdB (1979) ist Rechtsanwalt seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages. Sein Wahlkreis ist Ludwigsburg in Baden-Württemberg. Engagiert widmet er sich der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik sowie als Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Fraktion der Generationengerechtigkeit.

8. Dezember 2014

Maria Theresia Opladen

Frauen geben Kirche Zukunft

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) ist mit ihren 500.000 Mitgliedern der größte katholische Verband und eine der größten Frauenorganisationen in der Bundesrepublik. Das macht sie stark und zu einer unverzichtbaren Kraft in Kirche und Gesellschaft. Damit das so bleibt, hat die kfd eine Mitgliederwerbekampagne gestartet. Ihr Motto „Frauen.Macht.Zukunft.“ soll mit seinem zweifachen Sinn bewusst darauf aufmerksam machen, dass Frauen auf der einen Seite die unverzichtbaren „Macherinnen“ von Kirche sind. Auf der anderen Seite fehlen sie immer noch weitgehend in wichtigen Entscheidungspositionen in Gesellschaft, Politik und insbesondere in Wirtschaft und Kirche. Die kfd hat immer schon gefordert, dass Macht zwischen Frauen und Männern gerecht verteilt werden muss. Dafür ist es erforderlich, dass in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und auch in der Kirche entsprechende Strukturen geschaffen werden.

Ich bin überzeugt, dass die Zukunft der Kirche wesentlich von den Frauen abhängt. Sie sind es, die in den Gemeinden den Großteil der diakonischen und katechetischen Arbeit tun. Auch die liturgischen Feiern werden weitgehend von Frauen getragen. Ohne ihr Engagement könnte die Kirche ihren Grundauftrag nicht erfüllen. Es ist daher nur folgerichtig, wenn die kfd als größter kirchlicher Frauenverband einen stärkeren Einfluss von Frauen bei Leitungsentscheidungen in der Kirche fordert und Frauen in Führungspositionen bringen möchte.

Der Schöpfungsauftrag Gottes gilt beiden Geschlechtern. Somit sind Frauen wie Männer in gleicher Weise befähigt, machtvoll zu handeln. In der katholischen Kirche sind Frauen aufgrund ihres Geschlechts von wichtigen Ämtern ausgeschlossen, weil viele von diesen immer noch an die Weihe gebunden sind. Damit kommen für sie wichtige Möglichkeiten der Mitgestaltung der Zukunft der Kirche nicht in Frage. Schon aus diesem Grund lassen sich die drei Begriffe Frauen, Kirche und Zukunft für viele Frauen nicht mehr oder nur schwer zusammendenken. Nicht wenige wenden sich deshalb von der Kirche ab.

Frauen tragen in unserer Kirche nach wie vor das Gemeindeleben vor Ort. Doch wenn es um Entscheidungen und Einflussnahme geht, sind sie immer noch unterrepräsentiert. Eine Perspektive für Frauen gibt es, wenn die Kirche ernst macht mit dem partnerschaftlichen Zusammenwirken von Priestern und Laien. Partnerschaftliche Zusammenarbeit bedeutet auch, dass Frauen in der Kirche auch leitende Ämter, Dienste und Aufgaben übernehmen. Frauen wollen und können auf allen Ebenen an Leitungsentscheidungen beteiligt werden. Sowohl ehren- als auch hauptamtlich tätige Frauen müssen Zugang zu Führungsaufgaben erhalten.

Die deutschen Bischöfe haben im Bischofswort von 1981 gefordert, die Kirche solle "Modell für das gleichwertige und partnerschaftliche Zusammenleben und -wirken von Männern und Frauen sein". Diese Aussage ist bis heute über den Zustand einer Vision nicht

hinausgekommen. Daran muss sich dringend etwas ändern. Die kfd hat dazu in ihrem Positionspapier „Frauen geben Kirche Zukunft“ ganz konkrete Vorschläge gemacht: Partnerschaftliche Zusammenarbeit bedeutet, dass Frauen in der Kirche auch leitende Ämter, Dienste und Aufgaben übernehmen. Das gilt im Besonderen für alle schon heute kirchenrechtlich möglichen Führungspositionen. Dies muss durch frühzeitige Personalplanung und -entwicklung und gezielte Frauenförderung strukturell gesichert sein.

Das heißt ganz konkret, dass Frauen kirchliche Ämter und Dienste ebenso selbstverständlich ausüben sollen wie Männer und dass mehr Laien, Frauen wie Männer, Seelsorgeaufgaben wahrnehmen mit kirchlicher Beauftragung. Wir treten für eine Kirche ein, in der Frauen in den Gremien und Konferenzen auf allen Ebenen gleichberechtigt vertreten sind, in der sich Männer wie Frauen, Priester wie Laien vom spirituellen Reichtum der Frauen begleiten, leiten und unterstützen lassen, in der Frauen in der Priesterausbildung verantwortlich mitarbeiten und in der die Gemeindeleitung Frauen aktiv unterstützt, ihre Charismen zu entdecken und Führungsaufgaben zu übernehmen. Ebenso finden wir es wichtig, dass die Kirche in Deutschland sich kritisch mit ihrem Umgang mit Macht und ihren Machtstrukturen auseinandersetzt und dass sie zum Beispiel die liturgische Leseordnung und das katechetische Material aus Frauenperspektive kritisch überarbeitet.

Die Kirche muss endlich ernst machen mit dem partnerschaftlichen Zusammenwirken von Priestern und Laien. Mit aller Kraft stemmen wir uns gegen den Auszug auch engagierter Frauen aus der Kirche, dessen Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Wir wollen die Botschaft des Evangeliums verwirklichen, die den Abbau jeder Ungleichheit und jeder Benachteiligung aufgrund des Geschlechts verlangt, wie es bereits der Apostel Paulus im Galaterbrief für die Kirche forderte.

Ganz besonders haben wir auch den Wandel im Ehrenamt im Blick. Es ist dringend notwendig, dass die Rahmenbedingungen ehrenamtlichen Engagements in der Kirche verbessert werden. Unser besonderes Interesse gilt in diesem Zusammenhang der Praxis der kirchlichen Beauftragungen, die neue Möglichkeiten der Wertschätzung und Autorisierung von bestimmten Diensten und Ämtern, beispielsweise Beerdigungsdienst und Leitung von Wortgottesfeiern, für Frauen im Ehrenamt eröffnen.

In der kfd als einer der größten Frauenorganisationen in der Bundesrepublik haben wir Erfahrung im Umgang mit Macht und Einfluss. Die kfd ist *die* Stimme der katholischen Frauen in Kirche und Gesellschaft, eine starke Stimme im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, bei der Deutschen Bischofskonferenz und in vielen politischen Gremien in Berlin. Unser Ziel ist es, mit dieser Stimme noch lauter und deutlicher zu artikulieren, was wir erreichen wollen. Das geht nur wenn Frauen ihre Möglichkeiten der Mitbestimmung wahrnehmen und diese weiterhin deutlich einfordern.

Maria Theresia Opladen (1948) war von 1994 bis 1999 ehrenamtliche Bürgermeisterin in Bergisch Gladbach, danach bis 2004 hauptamtliche Bürgermeisterin. Von Mai 1990 bis September 1999 CDU-Abgeordnete im nordrhein-westfälischen Landtag, seit 2008 Bundesvorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands

12. Dezember 2014

Heinrich Oberreuter

Ein Jahr Große Koalition

Das hat es noch nie gegeben: Mehr als ein Jahr nach der Wahl signalisiert die Sonntagsfrage der Demoskopien ziemlich exakt die gleichen Daten wie das Ergebnis damals. Keine Bewegung am Wählermarkt, kein Popularitätsverschleiß der Union, kein Gewinn für den Koalitionspartner, kein Aufschwung der Opposition. In München träumt man schon von einer absoluten Mehrheit in Berlin 2017: Übermut, Realitätsferne und innerparteiliche Seelenpflege.

Eigentlich wäre ja die Frage berechtigt, ob diese große Koalition nicht die Union klein macht. Der Koalitionsvertrag - sozialdemokratisch akzentuiert; die Gesetzgebung des ersten Jahres - im Kern ein SPD-Projekt zur Verwirklichung "sozialer Gerechtigkeit". Acht Gesetze hat Andrea Nahles durchgesetzt, darunter das Rentenpaket samt der Rücknahme sinnvoller Reformen der Regierung Schröder.

Etwa die Hälfte des eben verabschiedeten Etats ist dem Sozialen gewidmet. Das mag die sozialdemokratische Seele entzücken. Vernünftig ist es aber nicht angesichts der demografischen Entwicklung, die uns 2060 nur noch 36 statt heute 50 Millionen Erwerbstätige beschert, dafür aber 3,3 Millionen Menschen über 90 statt heute 650 000. Das hat immense Folgen für Sozial- und Rentenkassen, nicht zuletzt für die Wirtschaftskraft.

Nun auch noch die Frauenquote, die die Union mehr schluckt als fördert. Die Bayern verweisen auf Maut und Korrektur der kalten Progression, nichts davon in trockenen Tüchern. Aber die sozialdemokratische Gestaltungsdominanz bleibt folgenlos.

In der öffentlichen Meinung schlägt sie sich nicht nieder: keinerlei Terrainverlust für sie Union. Warum? Zum einen, weil die Wähler die Bedienung sozialer Ansprüche hic et nunc für absolut normal halten, ohne ihre Phantasie in die Zukunft schweifen zu lassen. Zum anderen, weil Angela Merkel über allem schwebt, auf den internationalen und europäischen Konflikt- und Spielfeldern ohnehin. Anscheinend ist sie eine Bastion des ansonsten schütterten Vertrauens.

Vater Staat, der sich kümmert, trägt mittlerweile weibliche Züge. Merkels Regierungsstil schafft offensichtlich Konsens in der traditionell konfliktscheuen Gesellschaft: große Koalition unter starker Führung. Was sie Kanzlerin geschehen lässt, entspringt einer Machtpragmatik, die Jürgen Habermas nicht ohne Grund "demoskopiegeleiteten Opportunismus" genannt hat. Damit hat sie sich in den eigenen Reihen unangreifbar gemacht. Die Fraktion ist still.

Seehofer windet auf seinem Parteitag Girlanden. Gabriel, der viel durchsetzt, hat sich im Gegensatz dazu offensichtlich stetig wachsenden Herausforderungen des noch immer unzufriedenen linken SPD- Flügels zu erwehren. Auch wegen dessen Störfeuers, ist zu vermuten, tagt zur Überraschung praktisch nie der Koalitionsausschuss.

Die drei Parteivorsitzenden regieren, sich täglich telefonisch abstimmend, allein. Auch das ist ein Novum. Dass sie sich wegen der Regierungsbildung in Thüringen kurz die Krallen zeigen, ist irrelevant für die Gegenwart. Auch ohne Thüringen würden beide Partner 2017 nach anderen Konstellationen suchen, die Schwarzen zuallererst mit den Grünen, sobald diese sich den

"Angstschweiß" (Schäuble) abgewischt haben.

Allerdings fragt sich, ob die gegenwärtigen politischen Farbenlehren 2017 noch gelten. Bekanntlich können Wähler auch ziemlich mobil sein, wenn sie ihre Fragen und Bedürfnisse nicht berücksichtigt sehen, wenn Verunsicherung um sich greift - ich nur materielle. Eine dieser Fragen von wachsender Resonanz scheint die nach der deutschen Identität zu sein: nicht nur im europäischen Prozess, sondern auch hinsichtlich der Fundamente gesellschaftlicher Integration. Für das Parteiensystem würde das wohl kaum folgenlos bleiben: Dynamik statt Immobilität im Wählermarkt?

Ob die Union rechts ausfranst, wie es der SPD links geschah, ist eine legitime Frage - und ob diese sich durch eine großkoalitionäre Profilabflachung stellt auch. Antworten liegen nicht in biederem Nazi- und Kommunistenschreck, sondern in Antworten auf Verunsicherungen, deren Legitimität vernünftigerweise nicht bestritten werden kann. In der Praxis fordern die Terrainverluste in den Bundesländern mit ihren Konsequenzen im Bundesrat und damit für ein richtungsorientiertes Regieren aktuell noch mehr heraus. Wenn alles gleich und alternativlos erscheint, bleibt als unterscheidendes Kriterium nur noch Merkel.

Gewinnen wir in dieser Konstellation Zukunftsfähigkeit?

Die schwarze Null im Haushalt ist dafür ein Signal, sogar ein alternativträchtiges zuhause und mehr noch in Europa. Die viel zu geringe Investitionsquote ist es aber auch. Geld wird nicht nur für die Verteilung von Leistungen gebraucht, sondern auch für die Gestaltung der Zukunft. Dafür vielleicht sogar noch dringender. Die Gestalt der Zukunft, die sich längst formt, liegt jenseits des nächsten Wahltermins und damit auch jenseits des unter der Herrschaft des Machtkalküls für relevant gehaltenen politischen Horizonts. Weithin verharret die Gesellschaft im Gewohnten.

Verlangt aber sind Bewegung und Bereitschaft zur Veränderung. Allzu lange werden Schwarz und Rot sich der Einsicht nicht mehr verschließen können, dass zu dieser Bereitschaft entschiedener politisch geführt werden muss, statt Verharrung zu prämiieren. Dem Gemeinwohl zu dienen, birgt Risiken - natürlich. Gerhard Schröder hat es erfahren.

Was die jüngsten Debatten aber auch zeigen: man kann nur noch auf die beiden Großen setzen. Die Opposition ist nicht nur klein, sondern auch schwach. Regieren verlangt mehr als der Reihe nach die Lieblingsprojekte der Koalitionspartner abzuhaken. Man kann z.B. nicht ein Jahr lang Sozial- und das nächste Wirtschaftspolitik betreiben - eine Binsenweisheit, wahrscheinlich weithin geteilt.

Aber beherrscht sie auch den Alltag? Nein, unter den gängigen Maßstäben schwächt die große Koalition sie Union nicht, erst recht nicht, wenn die SPD in inneren Kämpfen sich selber schwächt. Aber jenseits des Gängigen ist zu bedenken, daß ohne entschiedenere Führungsbereitschaft das ganze Land kleiner werden könnte.

Heinrich Oberreuter (1942) von 1980 bis zu seiner Emeritierung war Oberreuter Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität Passau. 1991 wurde er zum Gründungsdekan für Geistes- und Sozialwissenschaften an der Technischen Universität Dresden berufen. 1993 übernahm Oberreuter zusätzlich zum Passauer Lehrstuhl das Amt des Direktors der Akademie für Politische Bildung Tutzing. 1997 erhielt er die Ehrendoktorwürde beider von ihm gegründeter Fakultäten der TU Dresden, an der er 2002/03 auch als Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung amtierte. Gegenwärtig hat er die Redaktionsleitung für die Neuauflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft inne.

22. Dezember 1014

Pfarrer Joachim Gerhardt

Geistliches Weihnachtswort: Gottes Ja zu uns Menschen

Ohne jede Einschränkung „Ja“ sagen zu können. Das ist die Botschaft von Weihnachten. Wir leben in einer Welt voll von „Wenn“ und „Aber“. Angesichts der Fülle von Angeboten ist es oft auch gar nicht nötig, sich eindeutig zu bekennen. Und wenn doch, flüchten wie uns lieber in ein vorsichtiges, manchmal auch halbherziges „Vielleicht“.

In der Krippe von Bethlehem spricht Gott ein uneingeschränktes Ja zu uns Menschen. Er wird Mensch, um uns ohne jeden Vorbehalt nahe zu sein, so wie ein frisch geborenes Kind seiner Mutter und seinem Vater. Und Gott wird Mensch, damit wir Menschen – das ist die zweite Botschaft von Weihnachten – menschlicher miteinander umgehen.

Was heißt das konkret? Ich denke an eine Geschichte, die man sich bei uns in Bonn im Pfarrkonvent zu Weihnachten erzählt. Es geht um die Vorbereitungen für ein Krippenspiel. Ungezählte Generationen von Kindern und Jugendlichen sind ja durch die Schauspielschule am Stall in Bethlehem gegangen. Und die Tradition der Krippenspiele macht Sinn: Das Geschehen von Bethlehem, das uns das Lukasevangelium überliefert, wird anschaulich. Und die Botschaft von der wunderbaren Menschwerdung Gottes und den Engelworten „Friede auf Erden“ begreifen wir noch viel besser, wenn wir sie verinnerlichen, so wie Schauspieler ihre Rolle.

Ein Ersatzspieler für den Herbergsvater hatte dies besonders eindrucksvoll getan. Es ist Probe zum Krippenspiel: Josef mit seiner hochschwangeren Maria klopft an die Tür der Herberge und bittet um Einlass. Und wie selbstverständlich erklingt die Stimme des Herbergsvaters dahinter: „Ja klar, kommt doch rein!“

Für den Fünfjährigen, der die Rolle für seinen erkrankten größeren Bruder kurzfristig übernommen hatte, ist dies die einzig angemessene Antwort. Auch Erläuterungen zum eigentlichen Lauf der Weihnachtsgeschichte vom abweisenden Gastwirt und dem kargen Stall als Notquartier überzeugen den jungen Herbergsvater nicht wirklich. Jedes Mal wieder erklingt fröhlich und von Herzen die Einladung: „Kommt rein!“ Weihnachten ist doch ein friedliches Fest. Wer dann nicht gastfreundlich ist, wird es ansonsten auch nicht sein, so seine feste Ansicht.

Die Szene hatte sich mehrfach so wiederholt. Schließlich tauschte der kleine Junge seine Rolle mit der eines Hirten. Er war damit zufrieden und die Geschichte konnte jetzt so verlaufen wie jedes Jahr. Von dem tiefen Sinn von Weihnachten hatte der Junge aber alles verstanden.

Gott spricht an Weihnachten sein „Ja“ zu den Menschen. Tue ich es auch! In meinem ganz persönlichen Umfeld. Ich denke an meine Frau, meine Kinder, meine Eltern. Das schönste Geschenk, das ich ihnen machen kann ist dieses Ja. Schön, dass Du da bist. Schön, dass wir zusammen sind. Schön, dass wir füreinander da sind. Und dieses Ja, dieses Geschenk wiegt umso mehr, wenn die Umstände schwierig sind, wenn Missverständnisse, Enttäuschungen, Belastungen zum Beispiel durch Krankheit und Pflege einen auch Grenzen spüren lassen.

Gott spricht an Weihnachten sein „Ja“ zu den Menschen. Tue ich es auch! Auch mit Menschen, die mir fremd sind. Wir erwarten in Deutschland in diesen Monaten viele Flüchtlinge aus Syrien, aus dem Irak und vielen weiteren Ländern. Allein in meiner Stadt werden es an die 1000 sein, die auf

der Flucht vor Gewalt und Krieg oder Armut und oft auch allem zusammen zu uns kommen. Mir ist wichtig, mit welcher Einstellung ich ihnen begegne. Denn da kommen keine Flüchtlingsfälle, sondern Menschen. Junge und alte, Menschen mit Ängsten und Sehnsüchten, die im Kern ganz ähnlich sind wie meine: mit der Hoffnung, dass ihr Leben und das ihrer Familie irgendwie gelingt.

Machen wir uns nichts vor: Das wird nicht problemlos geschehen. Aber wo geht es ohne Konflikte, wenn Menschen zusammen kommen? Da werfe der den ersten Stein, der in seinem Familien- und Freundeskreis nicht zumindest ein Beispiel findet. Ich bin überzeugt, dass wir durch die Menschen, die zu uns kommen, bereichert werden.

Ja sagen zu den Menschen. Das ist eine politische Herausforderung für unsere Gesellschaft. Denn es gibt nach christlicher Sicht keine Menschen erster oder zweiter Klasse. Wenn ich die Weihnachtsgeschichte ernst nehme, sind uns sogar die draußen vor den Toren – die Hirten auf den Feldern und die abgewiesenen Eltern, die im kümmerlichen Stall im Dunkel hinter der Herberge ihr Quartier finden – besonders an Herz gelegt.

Weihnachten bedeutet: Gott kommt in unsere Welt und sucht Herberge. Und er kommt in Menschengestalt. Ich darf damit rechnen, in jedem Menschen, der vor meiner Tür steht, auch Gott, zumindest einen Funken von ihm, zu finden.

Ich möchte den Jungen im Krippenspiel im Ohr behalten mit seinem unverdrossenen „Ja, kommt doch herein!“ Und ich frage mich, wo findet Gott in meinem Leben einen Platz? Das ist eine sehr persönliche Frage, die man wohl nie endgültig beantworten kann. Doch es gilt, diese Frage ein Leben lang wachzuhalten.

Und um diese Frage nach Gott lebendig zu halten, helfen andere Fragen, die Anfragen an das Zusammenleben in unserer Gesellschaft sind:

6. Wo finden neue Bürger in meiner Stadt Herberge, also Heimat und Zuflucht?
7. Bietet unsere Leistungsgesellschaft Herberge für die Menschen, die nicht laut ihre Ansprüche benennen können, die nicht so selbstbewusst und erfolgreich sind?
8. Sind unsere Familien noch Herbergen für das Zusammenleben der Generationen, also Orte der Ruhe und des Schutzes, wo doch jeder einzelne so hin- und hergerissen ist von den vielen Ansprüchen, die an einem zerren?
9. Sind unsere Schulen und Hochschulen Herbergen, im guten Sinne Wohn- und Lernstätten, wo Kinder und Lehrende sich entfalten können mit ihren Stärken oder wird hier vor allem das maximal schnelle Funktionieren eingeübt ?

Zwei Antworten, schenkt uns die Weihnachtsgeschichte. Die Erste ist tröstlich: Gott verspricht, mit den Menschen zu sein, die keine Herberge finden. Die Zweite ist ermutigend: Gottes Reich bricht an, wo es jedem von uns gelingt Ja zu sagen. Aus vollem, aus ehrlichem Herzen. Wo das geschieht, da ist Weihnachten.

Joachim Gerhardt (1967) ist Pfarrer an der traditionsreichen Lutherkirche in Bonn und Pressepfarrer der evangelischen Kirche in Bonn. Regelmäßig ist er mit Sendungen im WDR und Radio NRW zu hören und schreibt das „Wort zum Sonntag“ in der Kölnischen/Bonner Rundschau. Pfarrer Gerhardt ist verheiratet und hat zwei Töchter.